



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 24.02.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 2. März 2021, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<p>HINWEIS: Es wird dringend empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.</p>
--

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020

Bereich Planung und Bau

2. 20-F-02-0024

ANLAGE

Neugestaltung Schlossplatzumfeld

- Antrag der CDU-Fraktion vom 25. 11.2020 -

- Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90D/Die Grünen vom 01. 12.2020 -

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01. 12.2020 (BP 0313) -

3. 21-F-21-0013

Alternativer Standort für die Betriebswohnungen an der Helios HSK

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.201 -

Die Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen vom 12.11.2020 (Nr. 226/2020) zum Thema Helios HSK Betriebswohnungen wurde vom Magistrat am 10.12.2020 durch den Magistrat bzw. die HSK Helios und die GWW beantwortet. Auf Grundlage der Antworten auf diese Anfrage sehen wir als SPD-Rathausfraktion die Notwendigkeit zu weiteren Folgefragen:

Alternativstandorte:

Bezüglich des unter klimatischen Gesichtspunkte geeigneteren Alternativstandortes Parkplatz wird auf die im B-Plan festgelegte Baumbepflanzung und eine dann notwendige und schwierige Anpassung des Planungsrechts verwiesen.

Der Ausschuss möge beschließen, dass der Magistrat folgende Fragen hierzu beantwortet:

1. Welche weiteren Hürden bestehen hinsichtlich der Nutzung dieses Standortes - etwa in Form von Pachtverträgen mit dem Parkplatzbetreiber? Wurde mit dem Pächter über eine mögliche Bebauung des Parkplatzes gesprochen? Die Frage Nr. 6 der Anfrage B90/Grünen dazu wurde mit Verweis auf das fehlende Planungsrecht nicht beantwortet.
2. Inwieweit sind andere ggf. freiwerdende Flächen auf dem Klinikgelände als Alternativen für die geplante Wohnbebauung geprüft worden, z.B. wenn Altgebäude abgerissen werden? Wie würden hierzu etwaige Umsetzungszeiträume aussehen?
3. Ist die Zustimmung der HSK zu dem Wohnungsbau an einem anderen Standort des Klinikgeländes notwendig? Wenn ja, aus welcher vertraglichen Abhängigkeit des Erbbaurechts an dem Standort ergibt sich dies? Wie werden andere Standorte seitens der HSK bewertet?

4. 21-F-21-0014

Gestaltung der Umgebung Museum Ernst / Landesmuseum

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

Das Areal zwischen dem Landesmuseum und dem RMCC ist einladend und offen gestaltet. Für den Bereich zwischen dem Landesmuseum und dem entstehenden Museum Ernst hingegen ist in den vergangenen Jahren ein erheblicher gestalterischer Handlungsbedarf aufgelaufen. Der Mittelstreifen zwischen den beiden Museen ist ungepflegt, verwildert und für Fußgänger nicht nutzbar. Die Steigerung der Aufenthaltsqualität und die damit verbundene Aufwertung des Museumsumfeldes, sowie die Schaffung von Übergängen zwischen den Museen mit entsprechender Bepflanzung und Beleuchtung, muss zwingend in den Fokus der weiteren Planung rücken, damit Wiesbaden mit dem Neubau des Museum Ernst maximal profitiert und eine Kulturachse realisieren kann.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) ein Konzept zur städtebaulichen Aufwertung des Museumsumfeldes auch in Hinblick auf die Schaffung einer Kulturachse vorzulegen;
- 2) darin zu berücksichtigen, welche verkehrlichen Maßnahmen zur Neuordnung dieses Bereichs infrage kommen, die den Zielen unter 1) gerecht werden und gleichzeitig eine hohe Funktionalität für alle Verkehrsteilnehmer sicherstellen;
- 3) welche finanziellen Mittel zur Aufwertung des Museumsumfeldes und insbesondere des Mittelstreifens zwischen dem Landesmuseum und dem Museum Ernst erforderlich sind.

5. 21-F-05-0016

Leerstand der Langgasse 5-9 als Chance begreifen - jetzt in die Planung einsteigen

- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -

Seit dem Auszug der Sportwarenkette „Karstadt sports“ steht das Gebäude Langgasse 5-9 leer. Nachdem die Immobilie über viele Jahrzehnte ein Anlaufpunkt für viele Besucher der Fußgängerzone war, tauschten sich die Mieter der Fläche in den letzten Jahren immer schneller aus. Mittlerweile sind die Schaufenster beschmiert und zugeklebt. Zwar war der Betonbau nie ein Wahrzeichen der Innenstadt, der derzeitige Zustand ist allerdings nicht tragbar. Der Leerstand dieser traditionellen Einzelhandelsfläche bietet jedoch auch die Möglichkeit, an dieser Stelle Stadtreparatur zu betreiben. Die großen Trends des innerstädtischen Einzelhandels legen nahe, dass derart große Einzelhandelsfläche in der Zukunft nur noch schwer vermietbar sein werden und die innerstädtische Verkaufsfläche insgesamt sinken wird. Vielmehr wird sich die Innenstadt der Zukunft auf kleine, qualitätsvolle Flächen setzen. Mit der Realisierung eines Platzes würde somit die Einzelhandelsfläche nicht verknappert werden, gleichzeitig jedoch ein großer Schritt zu mehr Aufenthaltsqualität in der Innenstadt gegangen, die Begrünung der Fußgängerzone im Rahmen der Klimaanpassung vorangetrieben, und die Wiesbadener „Altstadt“ an die Haupteinkaufsstraßen angebunden werden. Hierin liegt eine große Chance für den das angrenzende Geschäfts- und Gastronomiequartier.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit dem Besitzer der Liegenschaft Langgasse 5-9 in Verhandlungen zu treten, um eine schnellstmögliche Wiederbelebung des Areals zu erreichen. Dabei soll auch ein Ankauf der Liegenschaft und eine anschließende Entwicklung durch die Stadt selbst geprüft werden.
2. eine Konzeption für das Areal zu entwickeln. Dabei sollen insbesondere die Niederlegung des leerstehenden Gebäudes und eine anschließende Realisierung einer schmalen Bebauung an der Nordseite und eines Platzes, der Langgasse und Wagemannstraße verbindet, geprüft werden.

6. 20-F-08-0081 ANLAGE

Neuanfang an der Sommerstraße

- *Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.11.2020 -*

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020 (BP 0316) -*

7. 20-F-08-0084 ANLAGE

Regionalplan Hessen Süd

- *Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.11.2020 -*

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020 (BP 0317) -*

8. 20-F-08-0083 ANLAGE

Wohnbebauung an der Wiesbadener Landstraße ermöglichen

- *Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.11.2020 -*

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020 (BP 0319) -*

9. 20-F-05-0079 ANLAGE

Gewerbegebiet Petersweg - Zukunft des „Hornbach-Geländes“

- *Sachstandsberichts-anfrage der FDP-Fraktion vom 25.11.2020 -*

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020 (BP 0320) -*

10. 21-V-63-0001 DL 08/21-17, 07/21-18 , 01/21-7

Bauvoranfrage zum Neubau eines Studierendenwohnheims mit 170 Einzelappartements und einem großflächigen Einzelhandel mit Tiefgarage, Dotzheimer Straße 162

10.1 21-F-29-0001

Antrag zur SV 21-V-63-0001 „Bauvoranfrage zum Neubau eines Studierendenwohnheims mit 170 Einzelappartements und einem großflächigen Einzelhandel mit Tiefgarage, Dotzheimer Straße 162

- Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

Der Magistrat wird gebeten, in Gesprächen mit dem Bauherrn darauf hinzuwirken, dass die von der Bauherrschaft geplanten 181 Fahrradabstellplätze nicht einfach nur in der Fläche nachgewiesen werden, sondern auch überdacht und sicher (Fahrradbügel, abschließbare Fahrradkäfige in der Tiefgarage o.Ä.) sein müssen.

11. 21-V-04-0001

DL 09/21-6

Künstlerviertel, Vereinbarung und Teilaufhebung des Bebauungsplans "Künstlerviertel" - Einleitung des Änderungsverfahrens

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

12. 21-V-61-0003

DL 08/21-13, 07/21-14

Bebauungsplan „Schul- und Sportcampus Am Alten Weinberg" im Ortsbezirk Breckenheim - Satzungsbeschluss -

13. 21-V-61-0004

DL 08/21-14, 07/21-15 , 01/21-5

Flächennutzungsplanänderung "Hochschule RheinMain Standort Kurt-Schumacher-Ring"

14. 21-V-61-0005

DL 08/21-15, 07/21-16 , 01/21-6

Bebauungsplan "Hochschule RheinMain Standort Kurt-Schumacher-Ring"

14.1 21-F-03-0004

Antrag zur SV 21-V-61-0005 "Bebauungsplan „Hochschule RheinMain Standort Kurt-Schumacher-Ring"

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Gesprächen mit dem Bauherrn darauf hinzuwirken,

- die Regenwasserrückhaltung und -nutzung obligatorisch zu machen unter der Maßgabe, dass Dimensionierung der Rückhaltevolumen von Zisternen o.Ä. auch Starkregeneignisse berücksichtigen und an den Zisternen Anschlüsse für permanente Verbraucher wie Toiletten vorgesehen werden, um das Brauchwasser sinnvoll wiederzuverwenden.
- die Installation von Photovoltaikanlagen einzuplanen und umzusetzen

15. 21-V-61-0006

DL 04/21-1

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Elisabeth-Selbert-Schule an der Stegerwaldstraße“ im Ortsbezirk Dotzheim
- Feststellungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

16. 21-V-61-0007

DL 04/21-2

Bebauungsplan „Elisabeth-Selbert-Schule an der Stegerwaldstraße“ im Ortsbezirk Dotzheim
- Satzungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

17. 21-V-61-0013

DL 08/21-16, 07/21-17

Satzung zur Änderung von Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen in Bebauungsplänen im Ortsbezirk Nordenstadt - Satzungsbeschluss -

17.1 21-F-03-0003

Antrag zur SV 21-V-61-0013 "Satzung zur Änderung von Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen in Bebauungsplänen im Ortsbezirk Nordenstadt - Satzungsbeschluss -"
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- in die Satzung den Hinweis aufzunehmen, dass Photovoltaik- und Solarthermische Anlagen auch auf Dachgauben und neugestalteten Dachflächen wünschenswert sind.
- in die Satzung den Hinweis auf Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten zur Installation von Photovoltaik- und Solarthermischen Anlagen aufzunehmen.

18. 21-V-61-0014

DL 06/21-8

Bebauungsplan „Am Hochfeld“ im Ortsbezirk Erbenheim
- Aufstellungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

Bereich Verkehr

19. 20-F-20-0026

ANLAGE

Trennwirkung der Schwalbacher Straße brechen

- *Vorstellung der Studie zu Grün- und Freiraum durch das Büro Mann -*
- *Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020 -*
- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2020 (BP 0496) -*

20. 20-J-42-0023

ANLAGE

Verbesserung der Gehwege

- *Antrag des Jugendparlaments vom 08.12.2020 -*
- *Beschluss des Jugendparlaments vom 16.12.2020 (BP 0086) -*

21. 21-F-21-0011

Klare Regeln für E-Scooter

- *Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -*

Immer wieder kommt es leider vor, dass die E-Scooter nach ihrer Nutzung an Standorten abgestellt werden, die insbesondere die Verkehrswege für den Fuß-, aber auch für den Rad- und PKW-Verkehr behindern. An beliebten Orten stehen und liegen auch mal etliche E-Scooter wild auf den Verkehrsflächen. Menschen mit Gehbehinderung, im Rollstuhl und mit Kinderwagen müssen deshalb leider einen Umweg, auch über vielbefahrene Straßen nehmen. Eine Entscheidung (11 B 1459/20 (I. Instanz: VG Düsseldorf 16 L 1774)) des Oberverwaltungsgerichts Düsseldorf wertete das Abstellen von gemieteten Fahrrädern und E-Scooter als Sondernutzung. Damit seien sie so zu behandeln, wie der sonstige Straßenhandel auch, der dafür eine Sondernutzungserlaubnis benötigt.

Es gibt in Wiesbaden als Angebot an die Anbieter bereits eine freiwillige Vereinbarung (Merkblatt für Anbieter von Elektro-Tretrollerverleihsysteme in Wiesbaden) der Stadt, in der wesentliche Punkte, wie auch das sorgsame Abstellen oder die Nachhaltigkeit der Mietroller geregelt sind. Leider scheint diese freiwillige Vereinbarung in der Praxis offenbar an seine Grenzen zu stoßen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat

- wird gebeten zu berichten, ob und wie viele Anbieter die freiwillige Vereinbarung unterschrieben haben und wie seitens der Stadt Wiesbaden bisher sichergestellt wurde, dass diese entsprechend eingehalten wurden. Wurden die Nutzungsdaten zur Verfügung gestellt? Konnten die Anbieter nachweisen, dass die E-Scooter möglichst mit Strom aus regenerativen Quellen aufgeladen werden und deren Transport mit emissionsarmen oder lokal emissionsfreien Fahrzeugen erfolgt ist?
- wird gebeten zu prüfen, ob oben genanntes Urteil auch auf Hessen übertragbar ist und somit eine Regelung für Wiesbaden möglich wäre.
- wird im Falle einer Übertragbarkeit des Urteils auf Wiesbaden beauftragt, gemeinsam mit den Anbietern der E-Scooter eine Sondernutzungssatzung zu erarbeiten, die das korrekte Abstellen (auch im Außenbereich wie z.B. im Wald) und Fahren ggf. mit Hilfe von Geo-Fencing und/oder zentralen Abstellorten der Mietroller sicherstellt.
- wird gebeten in Zusammenarbeit mit den Anbietern eine niedrigschwellige und schnelle Möglichkeit - explizit auch für Nichtnutzer zu schaffen um falsch abgestellte Roller zu melden.

22. 21-F-21-0015

Öffentliche Ladesäulen für E-Bikes im Stadtgebiet

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

E-Bikes boomen und etablieren sich zunehmend als konkurrenzfähiges Fortbewegungsmittel im Stadtverkehr. Auf Grund mangelnder Alternativen sind viele NutzerInnen darauf angewiesen, ihre Fahrräder zu Hause zu laden und sind wegen der Akkulaufzeit zeitlich und örtlich in ihrer Bewegung begrenzt.

Abhilfe schaffen könnten öffentliche Ladesäulen, an denen bei Bedarf der Akku nachgeladen werden kann, z.B. während des Einkaufs, während Museums- oder Konzertbesuchen oder während Pausen bei Tagesausflügen am Rhein. Somit könnten E-Bikes flexibler genutzt und bei Bedarf auch weitere Strecken zurückgelegt werden. Unter Marketing-Gesichtspunkten könnte ESWE-Versorgung durch die Bereitstellung von kostenlosen Ladesäulen im Stadtgebiet punkten, da so ein finanziell überschaubarer Beitrag zur Standort- und Tourismusförderung in Wiesbaden geleistet werden kann.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, wo im Stadtgebiet an von Radfahrern besonders frequentierten Orten wie Ausflugszielen sowie Einkaufs- und Kulturorten geeignete Abstellflächen mit Lademöglichkeit für E-Bikes und E-Lastenräder eingerichtet werden könnten.
2. dafür einen Finanzierungsvorschlag rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen vorzulegen.

23. 21-F-21-0012

Ausbau der Park and Ride-Parkplätze

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

Im Hinblick auf den weiteren steigenden Pendlerverkehr in der Stadt Wiesbaden, dem Aus für die City-Bahn und der eher langfristigen und unklaren Entwicklung bei der Aartalbahn, müssen alle Maßnahmen verstärkt werden, die unsere Verkehrsbelastung weiter reduziert. Ein Schwerpunkt ist der Ausbau der Park and Ride Parkplätze. Neben der Erhöhung von innerstädtischen Stellplätzen auf bereits vorhandenen Plätzen, gab es Pläne für die Einrichtung von größeren Parkplätzen in der Peripherie. In Verbindung mit einer attraktiven ÖPNV-Verbindung bieten sich einige Standorte wie z.B. die Platte, auf der Hohen Wurzel oder die Eiserne Hand an. Hier gilt es vor allem die Taunuspensdler frühzeitig „abzufangen“ und ein Angebot zu machen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- welche P&R-Plätze ausgebaut wurden und wie viele Stellplätze jeweils hinzugekommen sind. Welche Auslastung haben diese und wie wurden die unmittelbaren Busverbindungen angepasst und angenommen?
- welche neuen Standorte in Frage kommen und welche Ergebnisse die Gespräche mit Hessen Mobil und den benachbarten Kreisen und Kommunen für die Einrichtung neuer P&R-Plätze in der Peripherie (Insbesondere Eiserne Hand, Platte, Schiersteiner Brücke, Kastel, Niedernhausen etc.) in Verbindung mit Schnellbussen gebracht haben.
- ob eine Kombination aus vergünstigten oder kostenlosen ÖPNV-Tickets mit einer Parkgebühr auf P&R-Plätzen für Wiesbaden denkbar und praktikabel wäre.

24. 21-F-33-0002

Gebühren für Bewohnerparkausweise

- Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 24.02.2021 -

In Wiesbaden kostet der Bewohnerparkausweis aktuell 23,50 Euro für zwei Jahre. Im letzten Jahr eröffnete sich durch eine Billigung des Bundesrats eines entsprechenden Gesetzesbeschlusses des Bundestags für die Kommunen eine flexiblere Gebührengestaltung. Zuvor war es bundesweit vorgeschrieben, dass die Gebühren bei mindestens 10,20 Euro und maximal 30,70 Euro liegen dürfen. Seit Sommer letzten Jahres können die Kommunen diese Gebühren in Eigenregie gestalten. Dezernat II hat auf Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion (Nr. 206/2020) mitgeteilt, dass keine Gebührenerhöhungen geplant sind und darüber hinaus die Gebühr für die Ausstellung auch auskömmlich sei.

Im Verkehrsentwicklungsplan (VEP Wiesbaden 30, Seite 132) ist hingegen in Bezug zum Parkraummanagement in der Innenstadt von einer kostendeckende Erhöhung (Vollkostenrechnung) für bewohnerbevorrechtigtes Parken zu lesen. Auch der Verkehrsdezernent hat öffentlich im Sommer 2020 eine neue Preisstruktur in Aussicht gestellt und die bisher zu niedrigen Gebühren kritisiert.

Diese zwei gegensätzlichen Positionen innerhalb des Magistrats sollten geklärt werden.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

- ob Gebührenerhöhungen für Bewohnerparkausweise geplant sind.
- welche konkrete Gebührenhöhe aus Sicht des Verkehrsdezernats angemessen wäre, um die Kosten für die Bereitstellung der Parkplätze zu decken (unter Angabe der Kostenaufteilung).
- ob durch eine massive Erhöhung der Gebühren die Gefahr bestünde, dass private Innenhöfe in der Innenstadt, versiegelt und in Parkraum umgewandelt werden bzw. versiegelte Flächen als Parkraum bestehen bleiben.

24.1 21-F-03-0002

Gebühren für Bewohnerparkausweise

- Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

Der Beschlusstext wird folgendermaßen ergänzt (Ergänzung unterstrichen):

Der Magistrat wird daher gebeten, mit dem Entwurf des Parkraummanagementkonzepts zu berichten,

- ob Gebührenerhöhungen für Bewohnerparkausweise geplant sind.
- welche konkrete Gebührenhöhe aus Sicht des Verkehrsdezernats angemessen wäre, um die Kosten für die Bereitstellung der Parkplätze zu decken (unter Angabe der Kostenaufteilung).
- ob durch eine massive Erhöhung der Gebühren die Gefahr bestünde, dass private Innenhöfe in der Innenstadt, versiegelt und in Parkraum umgewandelt werden bzw. versiegelte Flächen als Parkraum bestehen bleiben.

25. 21-F-33-0003

Amöneburger Kreisel

- Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 24.02.2021 -

Seit einer Vielzahl von Jahren zieht sich die Herrichtung des Amöneburger Kreisels und dessen verkehrliche Flächenaufteilung hin. Ursprünglich sollten im Nachgang zur Fertigstellung der Sanierung des Autobahnabschnitts der A671 folgende Maßnahmen am Kreisel erfolgen: dauerhafte Einbauten in den Straßenraum, Aufbringung von Fahrbahnmarkierungen und Schaffung eines sicheren Fußgängerüberweges im unmittelbaren Kreiselbereich. Die provisorische Einrichtung der Fahrbahnteiler/-inseln wird seit Jahren fast täglich durch Anprallvorfälle verschoben bzw. zerstört. Der Übergang für Fußgänger ist ebenfalls höchst problematisch. Dieser unzuträgliche Zustand des Stadteingangs, als einer der wesentlichen Hauptknotenpunkte, wirft ein nicht hinnehmbares Bild auf unsere Stadt.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

- 1) ob die Zuständigkeit und die Finanzierung bei HessenMobil oder dem Wiesbadener Tiefbauamt liegt;
- 2) wann mit der bisher unvollendete Herrichtung der verkehrlichen Flächenaufteilung am Amöneburger Kreisel zu rechnen ist;
- 3) wen die Verantwortung für die bisher unvollendete Herrichtung trifft und wer grundsätzlich für die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich ist.

- 4) inwiefern ein fahrradfreundlicher Umbau des Kreisels mit in die Planungen einbezogen wurde. Hierbei sollen insbesondere die Gefahren für Radfahrende aus Richtung Innenstadt zu den Entsorgungsbetrieben minimiert werden.

26. 21-F-33-0004

Einrichtung separate Rechtsabbiegerspur Mainzer Straße
- Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 24.02.2021 -

Die Verkehrssituation am Knotenpunkt Mainzer Straße / Kasteler Straße / Breslauer Straße ist nach wie vor nicht zufriedenstellend. Täglich kommt es zu erheblichem Stau. Für die meisten Autofahrer und Anwohner ist die Verkehrssituation belastend und nervenaufreibend, gerade im Feierabendverkehr. Abgesehen von der schwierigen Verkehrssituation ist die Abgasbelastung, durch das nur langsam Vorwärtkommen der Fahrzeuge, die noch dazu häufig anhalten müssen, eine unnötige Belastung für die Umwelt. Hier könnte möglicherweise eine veränderte Lichtzeichen- und Fahrspurenregelung Abhilfe schaffen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

zu prüfen und berichten, ob eine separate Rechtsabbiegerspur von der Mainzer Straße aus kommend in die Kasteler Straße mit einer gesonderten Rechtsabbiegerampel, die z.B. auch dann Abbiegemöglichkeiten zulässt, wenn der aus der Breslauer Straße Richtung Mainzer Straße kommende Verkehr freie Fahrt durch Grünzeichen hat, eingerichtet werden kann.

27. 21-F-05-0012

Baustellenkoordination und -beschleunigung in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -

In den vergangenen Wochen wurden in Wiesbaden - insbesondere auf Hauptverkehrsachsen (Coulinstraße, 1. Ring, 2. Ring) - viele Vorhaben parallel gestartet. Im Sinne einer möglichst geringen Belastung für Anwohner an Ausweichstrecken und der Verkehrsteilnehmer selbst, sollten die Maßnahmen so schnell, wie möglich abgeschlossen werden und vor allem auch bestmöglich koordiniert werden. Beides ist in der Amtszeit des aktuellen Verkehrsdezernenten schlecht gelaufen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da insbesondere nach Ende der Corona-Pandemie ein großes Bedürfnis für bestmögliche Mobilität bestehen wird.

Ein Vorgehen, wie in der Coulinstraße darf sich nicht wiederholen. Dort wurde die Straße für das Bauvorhaben voll gesperrt, obwohl witterungsbedingt Arbeiten am Bauvorhaben nicht möglich waren.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie allgemein eine Beschleunigung der Bauvorhaben angestrebt wird.

- 2) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob in den konkreten Fällen (Coulinstraße, 1. Ring, 2. Ring) jeweils Prämien für schnellere Fertigstellung als planmäßig, für Abend-/Samstags-/Sonntagsarbeit verhandelt wurden.
- 3) Prämien für die Beschleunigung von Bauvorhaben auf Hauptverkehrsachsen, die mit erheblichen Verkehrsbehinderungen verbunden sind (Straßensperrungen, Spursperrungen, Wegfall von Spuren, etc.), werden ab jetzt grundsätzlich bei jedem Bauvorhaben durch den Magistrat mitverhandelt. Vor dem Beginn der jeweiligen Maßnahme, berichtet der Magistrat dem Ausschuss über das Ergebnis der jeweiligen Verhandlungen.
- 4) Sämtliche Straßenbauvorhaben, die mit den unter 3) genannten Einschränkungen verbunden sind, werden bis Ende des Sommers 2021 unter den Genehmigungsvorbehalt des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr gestellt. Dementsprechend muss vor Beginn solcher Maßnahmen der Ausschuss in einer Sitzung über die geplante Maßnahme und deren Umfang unterrichtet werden und den Beginn der Maßnahme genehmigen.

28. 21-F-05-0013

Wallauer Spange

- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -

Die Realisierung der Wallauer Spange inklusive einer beidseitigen Anbindung des geplanten Haltepunkts in Wallau ist ein zentrales Verkehrsprojekt der Landeshauptstadt Wiesbaden. Am 18.02.2021 sollte eigentlich ein Pressetermin zur Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zur Realisierung der Wallauer Spange stattfinden. Dieser wurde auf Grund der pandemischen Situation in Verbindung mit einer Vielzahl angekündigter Teilnahmen verschoben. Weitergehend hatte der Erbenheimer Anzeiger berichtet, dass eine beidseitige Anbindung des geplanten Haltepunktes möglicherweise an einer Beschlussfassung des Ortsbeirates Wallau scheitern könnte. Dies würde die langersehnte verkehrliche Entlastung von Delkenheim stark erschweren bzw. ebenso scheitern lassen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, die wesentlichen Inhalte der Verwaltungsvereinbarung dem Ausschuss vorzustellen und die Verwaltungsvereinbarung den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen.
- 2) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Gespräche hinsichtlich der beidseitigen Anbindung des Haltepunktes an der Wallauer Spange seitens des Magistrats geführt wurden und inwieweit eine beidseitige Anbindung nach den Äußerungen des Ortsbeirates Wallau noch für realistisch gehalten wird.

29. 21-F-05-0014

Luftreinhaltung in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -

Bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit Ministerin Hinz am 18.02.2021 hat Verkehrsdezernent Kowol erklärt, dass im Jahr 2020 die Stickoxidwerte an allen Messstellen unter dem Grenzwert sind. Diese positive Entwicklung sollte jetzt auch politische Konsequenzen nach sich ziehen. Am 06.09.2018 hat die Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit dem Plan zur Luftreinhaltung beschlossen: „Für den Fall, dass aufgrund umgesetzter Maßnahmen aus dem Sofortpaket, technischer Änderungen wie etwa Nachrüstungen, neuer Grenzwerte oder anderer sich auf die Erforderlichkeit der Umsetzung des Sofortpaketes auswirkender Umstände die Aufrechterhaltung bisheriger Maßnahmen nicht mehr erforderlich ist oder die Durchführung weiterer Maßnahmen entbehrlich wird, unterrichtet der Magistrat unverzüglich die Stadtverordnetenversammlung unter Benennung der betroffenen Maßnahmen, die sodann über das weitere Vorgehen entscheidet.“ Mit dem Unterschreiten der Grenzwerte an allen Messstellen greift nun dieser Beschlusspunkt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- 1) welche weiteren Maßnahmen des Sofortpakets aus Sicht des Magistrats entbehrlich sind.
- 2) welche bisher umgesetzten Maßnahmen aus Sicht des Magistrats entbehrlich sind.

Als Sofortreaktion auf die Unterschreitung der Grenzwerte wird folgendes umgesetzt bzw. unterlassen:

- a. Weitere großflächige Parkreduktionen, wie im Green-City-Masterplan vorgesehen, erfolgen nicht.
- b. Ein Parkraummanagementkonzept, das alleine darauf ausgerichtet ist, parken in Wiesbaden teurer und damit unattraktiver zu machen, wird nicht umgesetzt.
- c. Bis zur Umsetzung des Beschlusses Nummer 0259 des Ausschusses wird die „Umweltspur“ Bereich Landeshaus unverzüglich so verkürzt, dass ein Abbiegen vom Kaiser-Friedrich-Ring nach rechts in Richtung Biebrich wieder möglich wird.

30. 21-F-05-0015

Reaktivierung der Aartalbahn
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -

Mit Presseerklärung vom 19.02.2021 erklärte das hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie Verkehr und Wohnen, das eine Reaktivierung der Aartalbahn erneut geprüft wird. Das ist insoweit bemerkenswert, da im Rahmen der Citybahndiskussion und auch im Vorfeld dieser eine entsprechende Reaktivierung der Aartalbahn von den Befürwortern der Citybahn kategorisch ausgeschlossen bzw. schlechtgeredet wurde. Größtmögliche Transparenz und regelmäßige

Berichtspflichten des Magistrats sind deswegen zur Vertrauensbildung in den Reaktivierungsprozess unumgänglich.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten über den aktuellen Stand der Überlegungen hinsichtlich der Reaktivierung der Aartalbahn zu berichten. Insbesondere soll erklärt werden, welcher Zeitplan für die Reaktivierung der Aartalbahn erstellt wurde.
- 2) Der Punkt „Bericht zum Stand der Reaktivierung der Aartalbahn“ wird auf die Tagesordnung aller Sitzungen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr des Jahres 2021 ohne erneute gesonderte Beantragung aufgenommen, um entsprechende Transparenz im Verfahren sicherzustellen.

31. 21-F-08-0011

365-Euro-Ticket

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

Am 12.12.2019 beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Auftrag an den Magistrat "Gespräche mit der Bundesregierung und der Landesregierung aufzunehmen mit dem Ziel, für das im Luftreinhalteplan festgeschriebene Wiesbadener 365-Euro-Ticket als bundesweites Pilotprojekt eine Förderung zu erhalten, um so den städtischen Anteil von derzeit jährlich 15,5 Mio Euro signifikant zu reduzieren."

Am 10.12.2020 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Freigabe von 2,025 Mio € aus dem Sperrvermerk. Dies habe keine Nachteile für das Projekt „365-Euro-Ticket“. Mit den verbliebenen 9,575 Mio € sei der städtische Anteil für das restliche Jahr 2021 in jedem Fall gesichert.

Die Fraktion L&P sieht die Einführung weiterer Vergünstigungen für den ÖPNV als dringend notwendig an, um dessen Attraktivität zu erhöhen. Besonderes Augenmerk gilt es auf Bezieher*innen von Transferleistungen zu richten. Es handelt sich um eine große Anzahl von Menschen, die für den Ausbau des ÖPNV zu gewinnen sind, wenn ihnen angemessene Angebote gemacht werden. Außerdem geht es im Interesse der Teilhabe darum, Mobilität für alle, unabhängig vom Geldbeutel, zu sichern.

Der Ausschuss wolle beschließen,

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie ist der Stand der Gespräche mit der Bundesregierung und der Landesregierung in Bezug auf ein Pilotprojekt 365-Euro-Ticket?
2. Wie hoch sind die Mittel, die bei einer solchen Förderung zu erwarten wären?
3. Wann wird der Sperrvermerk zu den bereitstehenden Mitteln aufgehoben?
4. Wann soll das 365-Euro-Ticket eingeführt werden?
5. Welche Überlegungen gibt es, vergünstigte Tickets für Transferleistungsempfänger*innen und kostenlose Tickets für Kinder und Jugendliche aus Haushalten, die Transferleistungen beziehen, anzubieten?

32. 19-F-05-0019

ANLAGE

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Citybahn

- Antrag der FDP-Fraktion vom 14.05.2019 -

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.10.2020 (BP 0245) -

33. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 20-F-05-0048

ANLAGEN

Emissionen smart vermeiden - Geofencing für Hybridfahrzeuge

- Antrag der FDP-Fraktion vom 02.09.2020 -

- Bericht des Dezernates V vom 21.11.2020 -

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020 (BP 0325) -

2. 20-F-08-0082

ANLAGEN

Clemens-Areal in Mainz-Kastel zügig einer Wohnbebauung zuführen!

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.11.2020 -

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 01.12.2020 (BP 0318) -

- Bericht des Dezernates IV vom 26.01.2021 -

3. 20-F-21-0055

DL 03/21-2

Aufgehellter Asphalt in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2020 -

- Bericht des Dezernates V vom 15.01.2021 -

4. 20-F-33-0006

ANLAGE

Benutzerfreundlicher Haltestellenausbau

- Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 25.11.2020 -

- Bericht des Dezernates V vom 14.02.2021 -

5. 20-V-04-0015

DL 52/20-2

Bericht zum Platz der deutschen Einheit

6. 20-V-40-0009 DL 01/21-1

Adalbert-Stifter-Schule - Grundsatzvorlage - Sanierung des Bestandes und Neubau einer zusätzlichen 1-Feld-Turnhalle

7. 20-V-40-0014 DL 01/21-2

Erweiterung des Berufsschulzentrums am Standort der Friedrich-List-Schule - Ausführungsvorlage

8. 20-V-40-0020 DL 09/21-2, 01/21-2

IGS Rheingauviertel - Grundsatzvorlage - Abriss und Neubau einer 1-Feld-Turnhalle nach historischem Vorbild

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

9. 20-V-51-0052 DL 02/21-3

Wohnungsbauprogramm 2020, Ausführungsvorlage

10. 20-V-52-0014 DL 08/21-2, 07/21-2

Errichtung von Sportflächen im Zuge des Neubaus der Grundschule in Wiesbaden-Breckenheim - Ausführungsvorlage

11. 20-V-66-0006 DL 01/21-5

Umsetzung der Konzepte DIGI-L

12. 20-V-66-0236 DL 09/21-3

Nördliches Nerotal - Einrichtung einer Tempo-30-Zone

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 13. | 20-V-66-0243 | DL 08/21-3, 07/21-3 |
| | Elisabethenstraße - Herstellung einer Radverbindung | |
|
 | | |
| 14. | 20-V-66-0303 | DL 03/21-5 |
| | Bericht über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2019 und die Entwicklung des Instandhaltungsbudgets 2020 für die Verkehrsinfrastruktur | |
|
 | | |
| 15. | 20-V-70-0005 | DL 01/21-6 |
| | Erweiterung der Deponie Dyckerhoffbruch um einen neuen Deponieabschnitt IV (DA IV) der Deponieklasse I (DK I) | |
|
 | | |
| 16. | 21-V-02-8007 | DL 08/21-6, 07/21-6 |
| | Das RheinRad Wiesbaden | |
|
 | | |
| 17. | 21-V-04-0002 | DL 08/21-7, 07/21-7 |
| | Bericht zum Projekt Walkmühle | |
|
 | | |
| 18. | 21-V-05-0002 | DL 03/21-6 |
| | Gesamtbericht der Lokalen Nahverkehrsorganisation nach Art. 7 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007 für die Jahre 2018 und 2019 | |
|
 | | |
| 19. | 21-V-20-0002 | DL 05/21-4 |
| | Investitionscontrolling 2020 zum Stichtag 04.01.2021 | |
|
 | | |
| 20. | 21-V-40-0003 | DL 06/21-5 |
| | Friedrich-Ebert-Schule - Einrichtung und Ausstattung Neubau | |

21. 21-V-40-0005 DL 05/21-9

Erweiterung Hebbelschule/Mittelstufenschule Dichterviertel

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

22. 21-V-40-0006 DL 08/21-9, 07/21-10

Neubau Grundschule Breckenheim - Ausführungsvorlage

23. 21-V-40-0008 DL 08/21-10, 07/21-11

Geschäftsbericht 2.0 Bauprojekte des Schulamtes der Jahre 2018 - 2020

24. 21-V-51-0005 DL 03/21-7

Sachstandsbericht Neubebauung Freiherr-v.-Stein-Schule, Verwaltungsstandort Süd und Bürgersaal Biebrich

25. 21-V-51-0008 DL 08/21-11, 07/21-12

Zuschussförderung Bauvorhaben Kita und Wohnen Hainweg, Ausführungsvorlage

26. 21-V-52-0003 DL 08/21-12, 07/21-13

Sachstandsbericht Verlagerung Betriebshof Sportamt

27. 21-V-61-0010 DL 09/21-7

Renovierungsprogramm für die Fußgängerzone (Refit FUZO)

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

28. 21-V-66-0001 DL 05/21-11

DIGI-L: Stufenkonzept

29. 21-V-66-0101 DL 07/21-19
Mindereinnahmen und Mehrausgaben bei Amt 66 verursacht durch Corona
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -
30. 21-V-66-0301 DL 05/21-12
Erneuerung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden
31. 21-V-66-0302 DL 05/21-13
Konstruktive Ertüchtigung der Mainbrücke in MZ-Kostheim als Gemeinschaftsmaßnahme mit Hessen Mobil
32. 21-V-66-0303 DL 05/21-14
Fahrbahndeckenprogramm WI und AKK 2021
33. 21-V-66-0304 DL 05/21-15
Grundhafte Erneuerung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK 2021
34. 21-V-66-0305 DL 08/21-18, 07/21-20
Bericht zur Verkehrssicherung Fahr-, Gehwege - Mehrkosten Jahresabschluss 2020

1. 21-V-23-0209 DL 05/21-5 NÖ

Wohnbauflächenentwicklung Lange Seegewann im Ortsbezirk Delkenheim - Grundstücks- und Projektverträge

2. 21-V-23-0211 DL 08/21-2 NÖ, 07/21-2 NÖ

Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Petersweg-Ost, Kastel

3. 21-V-23-0212 DL 05/21-6 NÖ

Max-Planck-Park, Delkenheim, Anpassung von Vertragsfristen

4. 21-V-23-0213 DL 05/21-7 NÖ

Petersweg-Ost, Kastel, Anpassung von Vertragsfristen

5. 21-V-23-0216 DL 10/21-2 NÖ

Heimfallrechte an drei Erbbaurechten und Rückübertragungsrecht eines Grundstücks

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Uebersohn
Vorsitzender